

AiR Aktiv im **Ruhestand**

9

Magazin für Seniorinnen und Senioren im dbb
September 2019 – 70. Jahrgang

Politische Teilhabe

Mitmischen heißt einmischen

Seite 6 <

Drei Fragen an ...
... Dr. Heinz
Riesenhuber,
Bundesforschungs-
minister a. D.

Seite 14 <

Politische Partizipa-
tion in Deutschland
„Seniors
For Future“?

mit
dbb Seiten

Mitmischen von lokal bis international

Es muss nicht immer gleich die große Bundespolitik sein. Mitbestimmung fängt im Kleinen an. Vor Ort können Seniorinnen und Senioren viel bewegen: in der Orts-gemeinde, im Verein oder über ehren-amtliches Engagement in der Fachgewerk-schaft. Während Spitzenpolitiker sich die Köpfe heiß reden, bewirken kleine, aber da-für konkrete Schritte mit kurzen Entschei-dungswegen oft Großes für Menschen, die direkt davon profitieren können. Und Parti-zipation entsteht oft erst über persönliches Engagement. Denn wer mitmischt, mischt sich auch ein. Und wem der Sinn nach „Höherem“ steht, kann sich zum Beispiel über die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) auf europäischer Ebene oder gar internatio-nal einbringen. Die BAGSO-Geschäfts-stelle internationale Altenpolitik und die AGE Plattform Europe helfen dabei. **br**

Impressum:

AiR – Aktiv im Ruhestand. Magazin des dbb für Ruhestandsbeamte, Rentner und Hinterbliebene. Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** airmagazin@dbb.de. **Leitender Redakteur:** Jan Brenner (br). **Redaktion:** Carl-Walter Bauer (cwb), Andreas Becker (ab), Jan Oliver Krzywaneck (krz) und Dr. Walter Schmitz (sm). **Redaktionsschluss:** 10. jeden Monats. Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. „AiR – Aktiv im Ruhestand“ erscheint zehnmal im Jahr. **Titelbild:** © Marco Urban. **Einsendungen zur Veröffentlichung:** Manuskripte und Leserzuschriften müssen an die Redaktion geschickt werden mit dem Hinweis auf Veröffentlichung, andernfalls können die Beiträge nicht veröffentlicht werden.

Bezugsbedingungen: Nichtmitglieder bestellen in Textform beim dbb verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 38,40 Euro zzgl. 6,00 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,30 Euro zzgl. 1,30 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Für Mitglieder der BRH-Landesorganisationen ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Adressänderungen und Kündigungen bitte in Textform an den dbb verlag. Abbonnementskündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr.

Layout: FDS, Geldern. **Gestaltung:** Daniel Reinemann. **Verlag:** dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Anzeigenverkauf: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 60 (dbb magazin) und Aktiv im Ruhestand Preisliste 48, gültig ab 1.10.2018.

Druckauflage: dbb magazin 589 649 Exemplare (IVW 2/2019). Druckauf-lage AiR – Aktiv im Ruhestand 15 000 Exemplare (IVW 2/2019). **Anzeigen-schluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. Gedruckt auf Pa-pier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. **ISSN 1438-4841**



> Schwerpunkt: Bürgerliche Mitbestimmung



4

Aktuell

- > Angehörigen-Entlastungsgesetz: Pflege von Familienmitgliedern braucht mehr Wertschätzung 4

Standpunkt

- > Klimapolitik: Änderungen mit Augenmaß 5

Drei Fragen an ...

- > ... Dr. Heinz Riesenhuber: Deutschland hat nach wie vor exzellente Ingenieure 6

Kompakt

- > Beihilfe-App des Bundes: Abrechnung erleichtert 8

Aus den Ländern

- > BRH NRW: Ältere im Blickfeld von Betrügern 9

Brennpunkt

- > Krankenversicherung für Angehörige von Beamten: Was gilt, wenn der Partner stirbt? 12

Blickpunkt

- > Politische Partizipation in Deutschland: „Seniors For Future“? 14

Modernes Leben

- > Rezeptfreie Medikamente: Spätere (Neben-)Wirkungen nicht ausgeschlossen 16

Medien

- > Tablet für Senioren: Der Enkel mit dem Trick 18

Vorgestellt

- > Politisches Engagement mit der BAGSO: Altenpolitik statt alte Politik 21

Satire

- > 22

Buchtip

- > 23

Gewinnspiel

- > 24

dbb

- > dbb Bürgerbefragung 2019: Wie überfordert ist der Staat? 25

- > europa – Populismus im epochalen Wandel 30

- > Digitale Partizipation: Politischer Durchblick per App 32

- > blickpunkt – Bundespresseamt: Verlässliche Informationen in stürmischen Zeiten 37

- > reportage – Protokollreferat des Ministerpräsidenten: Die Staat Macher 40

- > interview Bundeswahlleiter Dr. Georg Thiel 46



6



9



14



18



dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst



interview Bundeswahlleiter Dr. Georg Thiel

Klimapolitik

Änderungen mit Augenmaß

Der Sommer 2019 hatte es wieder in sich. Handelt es sich dabei um Auswirkungen des Klimawandels oder stecken wir schon mitten in der Klimakrise?

Die große Hitze hat nicht nur, aber ganz besonders vielen Seniorinnen und Senioren zu schaffen gemacht. Die gängigen Empfehlungen wie viel Trinken, leichte Kost oder Aufenthalt im Schatten sind natürlich bekannt. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass eine ältere Person ohne Not in der Mittagshitze die hoffentlich am Morgen gut durchlüftete Wohnung verlässt. Dennoch sind Hitzewellen wie die Ende Juli sehr belastend. Hinzu kommen vermehrt Starkregen, Gewitter mit Hagelkörnern in der Größe von Golfbällen und Stürme, die beängstigend sind.

Seniorinnen und Senioren setzen sich jedenfalls schon seit Längerem für den Klimaschutz ein. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) hat zum Beispiel bereits im Jahr 2009, als der Begriff „Flugscham“ noch nicht kreiert war, im Rahmen des Projektes „Gemeinsam für den Klimaschutz – Ältere übernehmen Verantwortung“ die Broschüre „Mobil bleiben – Klima schonen“ veröffentlicht. Darin wird für klimaschonende Fortbewegung wie zu Fuß gehen, Rad fahren oder die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel plädiert und für klimaschonendes Autofahren gewor-



> Siegfried Damm

ben. Im Jahr 2013 folgte die zweite Broschüre der BAGSO, „Klimaverträglich mobil 60+“.

Wir Älteren sind uns der Wichtigkeit des Themas sehr bewusst und arbeiten mit daran, Konzepte für Veränderungen auch im Kleinen zu entwickeln. Das fängt vor der eigenen Haustür an. Viele ältere Menschen beherrschen die in den oben genannten Broschüren enthaltenen Empfehlungen. Sie erledigen viel zu Fuß oder mit dem Fahrrad und nutzen häufig öffentliche Verkehrsmittel, sofern das möglich ist. Im ländlichen Raum ist dies allerdings oft mit großen Schwierigkeiten verbunden: Busse fahren beispielsweise allenfalls dreimal täglich, meist im Zusammenhang

mit Schulbeginn oder -ende. In den Schulferien kann man froh sein, wenn es zweimal täglich eine Busverbindung gibt. Da es in vielen Orten zum Beispiel auch keine Einkaufsmöglichkeiten, keine ausreichende Ärzte- oder Bankenversorgung mehr gibt, bleibt das Auto dort unverzichtbar.

Ausgebaute Mobilität in ländlichen Regionen mit geförderten Fahrdiensten, Bürgerbussen oder Anrufsammeltaxen sind sehr selten und sollten flächendeckend eingerichtet werden. Auch das wäre eine klimagerechte Attraktivitätssteigerung für ein Leben und Wohnen außerhalb von Ballungsräumen.

Viele von uns sind eher mit dem Auto oder mit dem

Reisemobil – zugegebenermaßen nicht unbedingt der Umweltheit, aber schonender als Fliegen – unterwegs. Apropos Fliegen: Zwar ist derzeit „Flugscham“ sehr populär, jedoch werden weiterhin Kurzstreckenflüge für 30 Euro oder Mittelstreckenflüge für weniger als 100 Euro pro Strecke angeboten. Gerade Kurzstreckenflüge jedoch sollte und kann man aber häufig vermeiden, während es zu Langstreckenflügen häufig keine wirkliche Alternative gibt. Wir wollen uns aber auch kein schlechtes Gewissen einreden lassen, wenn wir die Fernreise, für die wir während unseres Berufslebens keine Zeit hatten, erleben möchten, so lange wir es gesundheitlich noch können.

Die dbb bundesseniorenvertretung hält Klimaschutz für nötig und im Hinblick darauf Verhaltensänderungen für unverzichtbar. Aber auch hier muss gelten: Bitte mit Augenmaß. Jede und jeder Einzelne kann mit seinem Konsumverhalten etwas dazu beitragen. Genauso sind aber jetzt die Politik und vor allem die Industrie gefragt, Strategien für eine klimafreundliche Zukunft zu entwickeln und umzusetzen. Und auch dabei sind keine klimapolitischen Affekthandlungen gefragt, sondern tragfähige Zukunftskonzepte.

**Siegfried Damm,
Zweiter Vorsitzender
der dbb bundessenioren-
vertretung**

Beihilfe-App des Bundes

Abrechnung erleichtert

Das Bundesverwaltungsamt (BVA) hat darüber informiert, dass die neue Beihilfe-App für Beamte und Versorgungsempfänger des Bundes Ende Juni 2019 freigeschaltet wurde.



© Colourbox.de

Damit hat das Bundesverwaltungsamt Möglichkeiten der Digitalisierung aufgegriffen, um die Beihilfearbeitung für den Bereich des Bundes nachhaltig zu verbessern und zu beschleunigen. Neben den Leistungen der Beihilfe stellt eine schnelle und rechtssichere Beihilfearbeitung einen zentralen Erfolgsfaktor des Projektes „Beihilfe.digital“ dar.

Der dbb hatte mit seiner Beschlusslage sowie mit dem dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST darauf hingewirkt, Digitalisierungschancen im Bereich des öffentlichen Dienstes besser zu nutzen. Dies gilt beispielsweise für den Bereich der Beihilfe, aber auch für die Möglichkeit der Direkt-

abrechnung von Krankenhausleistungen. Neben dem Bundesverwaltungsamt nutzen beispielsweise der Kommunale Versorgungsverband Baden-Württemberg oder das Land Nordrhein-Westfalen sowie viele private Krankenversicherungen ebenfalls die Möglichkeit der digitalen Beihilfeübermittlung.

Mit der Bereitstellung der App „Beihilfe Bund“ folgt das BVA den Wünschen der Beihilfeberechtigten des Bundes nach einer zügigen und unkomplizierten Erstattung der Ihnen entstandenen beihilfefähigen Kosten.

Um die umfangreiche Aufgabe der Beihilfearbeitung zukunftsfähig zu gestalten, wurde das Projekt

„Beihilfe.digital“ ins Leben gerufen. Ein Teil dieses Vorhabens war die Entwicklung einer App, mit der Beihilfeberechtigte eine schnelle, einfache und sichere Möglichkeit haben, Erstattungsanträge mithilfe einer Smartphone-Anwendung zu stellen. So können Rechnungsbelege mit dem Smartphone oder Tablet abfotografiert und unkompliziert an die Beihilfestelle verschickt werden. Ein separater Antrag oder die Belege in Papierform müssen nicht nachgereicht werden.

Die App wird allen durch das Bundesverwaltungsamt betreuten Beihilfeberechtigten schrittweise als alternativer Beantragungsweg zur Verfügung gestellt.

Beihilfeberechtigte können ihre Beihilfe auch weiterhin in Papierform einreichen. Beamte und Pensionäre, die sich für die App entscheiden, profitieren von folgenden Vorteilen: Sie müssen keinen Kurzantrag und keine Zusammenstellung der Belege mehr ausfüllen. Weiter entfällt die Postlaufzeit des Antrags zur Beihilfestelle. Belege kommen unmittelbar bei der Beihilfestelle an, sodass der Wegfall des Postlaufs zu einer Beschleunigung des Verfahrens führt. Sie können zudem direkt erkennen, ob der Antrag erfolgreich übermittelt worden ist. Durch den Wegfall des Versandes entfallen die Portokosten und sie müssen keine Kopien ihrer Belege für die Beihilfebeantragung mehr sammeln. ■

> Daseinsvorsorge der Kliniken flächendeckend sicherstellen

Der dbb hat angesichts der aktuellen Debatte über die von der Bertelsmann-Stiftung geforderte Schließung von Krankenhäusern vor profitgetriebenen Schnellschüssen in der medizinischen Versorgung gewarnt. Laut einer Bertelsmann-Studie sollte die Hälfte der Krankenhäuser in Deutschland aus versorgungsökonomischen Gründen geschlossen werden.

Der dbb begrüßt zwar die Debatte, übt jedoch Kritik an der pauschalen Forderung zum Klinikabbau. „Die öffentlichkeitswirksame Forderung der Bertelsmann Stiftung widmet sich der Bekämpfung der Symptome von Fehlanreizen in der Krankenhausfinanzierung, nicht jedoch den Ursachen“, sagte dbb Chef Ulrich Silberbach am 16. Juli 2019 in Berlin.

Die im Jahr 2004 eingeführten diagnosebezogenen Fallpauschalen (DRG) hätten dazu geführt, dass schwie-

rige Eingriffe, die eine hohe Routine erfordern, auch von Krankenhäusern durchgeführt würden, „die aufgrund der geringen Fallzahlen einfach nicht die Expertise haben können, die erforderlich ist“. Aufgrund der hohen Fallpauschalen würden diese Operationen jedoch aus Wirtschaftlichkeitserwägungen trotzdem durchgeführt. „Das geht eindeutig zulasten der Patientensicherheit, und mit Blick darauf ist es richtig und wichtig, gemeinsam die bestmögliche Lösung zu finden“, sagte der dbb Bundesvorsitzende. Forderungen nach groß angelegten Krankenhausschließungen seien nicht der richtige Weg, stellte Silberbach klar. „Statt der pauschalen Schließung eines Großteils der Häuser müssen die Abrechnungsmöglichkeiten für hochkomplexe Eingriffe noch stärker an Mindestfallzahlen geknüpft werden, um die bestmögliche Behandlung in einem entsprechend spezialisierten Haus sicherzustellen.“